

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Druckpreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Postweg ohne Verkaufsgebühr monatlich 2,50 M., bei Zustellung unter Streifenband 4,00 M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postgesetzgebung für 1919 eingetragen. Redaktion: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2255 und 2256.

Interate sollen die achtspaltige, Nonparillzeile oder deren Raum 80 Pt., „Kleine Anzeigen“ das letzte Zeilen Wort 40 Pt., jedes weitere Wort 20 Pt., Leertungszuschlag 50 Proz., Familien- und Veranlassungsanzeigen (außer der Zuschlag fort). Interate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 5 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 2268

STREIF

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Vor Ueberreichung des Friedensvertrages.

Der Inhalt des Friedensvertrages.

Amsterdam, 7. Mai.

Der „Telegraph“ meldet aus London vom 6. Mai: Die „Times“ wird morgen ungefähr zehn Spalten mit einer Zusammenfassung der wichtigsten Friedensbedingungen, die den deutschen Delegierten vorgelegt werden sollen, veröffentlichen. Die wichtigsten Bestimmungen sind folgende:

Die deutschen Landstreitkräfte müssen binnen zwei Monaten nach Unterzeichnung des Vertrages auf nicht mehr als 70 000 Mann Infanterie und 20 000 Mann Kavallerie eingeschränkt sein. Die Gesamtzahl der Offiziere darf nicht mehr als 4000 betragen. Es wird nur freiwilliger Militärdienst gestattet werden. Auch die deutschen Waffungen sollen auf das Äußerste eingeschränkt werden. Alle Besatzungen 50 Meilen östlich des Rheins werden abgerückt werden. Die deutschen Seekreisläfte dürfen zwei Monate nach Unterzeichnung des Friedensvertrages keine U-Boote mehr erhalten und werden dann nur mehr aus sechs Schlachtschiffen, sechs leichten Kreuzern, zwei Torpedobrigaden und zwölf Torpedobooten bestehen. Alle anderen Kriegsschiffe müssen entweder in die Reserve versetzt oder als Handelsschiffe umgebaut werden. Die Besatzungen dürfen nicht mehr als zusammen 15 000 Mann, darunter 1000 Offiziere und Deskoffiziere, zählen.

Alle militärischen und maritimen Anlagen auf Helgoland müssen geschleift werden. Der Pieler Kanal muß den Handelsschiffen aller Länder, die mit Deutschland in Frieden leben, auf der Basis vollständiger Gleichheit offen stehen. Es wird Deutschland gestattet werden, bis zum 1. Oktober eine Flottille von 100 Wasserflugzeugen zum Aufspüren von Minen zu haben. Nach diesem Datum darf Deutschland keine militärischen oder maritimen Luftstreitkräfte besitzen und innerhalb eines Abstandes von 150 Kilometern von der deutschen Grenze auch kein Flugzeuglager. Die in diese Zone fallenden Flugplätze müssen abgebrochen und der Boden muß umgepflügt werden.

Die Alliierten beschuldigen den früheren Kaiser offen nicht eines Vergehens gegen die Strafgesetze, sondern der ersten Verletzung der internationalen Eigentum zugesagt wurde, Vergütung von Krieg und der Heiligheit der Verträge. Es wird ein besonderer Verzicht auf eingeleitet werden, um gegen ihn zu verfahren. Die Personen, die der Verletzung von Kriegsgesetzen und Kriegsverbrechen beschuldigt werden, werden vor alliierte Kriegsgesetze gebracht werden.

Bis zur vollständigen Befriedigung der Forderung der Alliierten muß Deutschland eine Milliarde Pfund Sterling bezahlen. Ferner muß Deutschland für jeden Schaden der Zivilpersonen der Alliierten und deren Familien zahlen. Elend, Verbringen muß an Frankreich zurückgegeben werden, das auch das Kohlenbeden im Saarthal erhalten wird. Die Verwaltung des Saarstrifens wird von einer vom Völkerverbund ernannten und aus fünf Personen bestehenden Kommission ausgeübt. Nach fünfzehn Jahren wird die Bevölkerung entscheiden, ob sie von Frankreich oder von Deutschland regiert zu werden wünscht. Wenn Deutschland gewählt wird, wird es die Kohlenwerke nach einem noch näher zu vereinbarenden Preise von Frankreich kaufen müssen. Polen wird einen Durchgangsweg erhalten, der bis nach Danzig läuft. Diese Stadt wird zu einer freien Stadt gemacht.

In Schleswig wird eine Volksabstimmung abgehalten werden. Von Deutschland wird gefordert, daß es zugunsten der fünf alliierten und assoziierten Mächte auf alle Rechte und Titel, die es bezüglich seiner überseeischen Besitzungen hat, verzichtet. Die meisten dieser Besitzungen werden kraft eines Mandates des Völkerverbundes von einer der großen Kolonialmächte verwaltet werden.

Deutschland verzichtet auf alle Rechte und Privilegien, die aus dem Vertrag von 1906 und aus den französisch-deutschen Verträgen von 1900 und 1911 sich ergeben. Alle Abmachungen

zwischen Deutschland und dem Reich des Oberst werden für ungültig erklärt. 16 deutsche Kabe l werden den Regierungen der Alliierten und Assoziierten zur Verfügung gestellt.

Ein Einigungsversuch.

Genä, 7. Mai.

Der Aktionsausschuß der vereinigten sozialistischen Parteien Genä beschloß, die Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands zwecks Wiedervereinigung der deutschen Sozialdemokratie nach Genä einzuladen.

Die Willkürherrschaft in München.

Die rechtssozialistische „Münchener Post“ führt weiter Beschwerde über die Taten der Rotlegarden. Zu der amtlich gemeldeten Tötung Landauer, die sich allerdings nach einer uns zugegangenen Meldung nicht bestätigt, fordert das Blatt von der Regierung Rede und Antwort. Weiter verlangt sie Auskunft über das Schicksal des Professors Karl Horn, eines Gymnasiallehrers, dessen Weibe von der Gattin des Professors am Wege nach dem Gefängnis Stadelheim gefunden wurde. Er soll irrtümlich als kommunistischer Führer von seinen persönlichen Feinden denunziert worden sein. Angesichts dieser Denunziationen seien die Münchner Befehle des bayerischen Oberkommandierenden nicht unbedenklich. Mitglieder der kommunistischen Partei, die sich angeblich unfreiwillig dieser Gruppe angeschlossen haben, und die jetzt angezeigt würden, fragten bei der Redaktion zitternd an, ob sie vielleicht durch diese Willkürherrschaft ihr Leben verwirkt hätten. Zwei Mitarbeiter der „Münchener Post“, die grundtätlich den Bolschewismus scharf bekämpften, Dr. de Fiori, der früherer bekannte römische Korrespondent der „Neuen Freien Presse“, und Emilio Benorio seien ebenfalls durch Denunziationen in Lebensgefahr gebracht worden. Als lehrerlich sich vor den Offizieren ausweisen wollte, habe eine Militärperson in feiner Gegenwart, sich zum Denunzianten wendend, gesagt: „Wenn Sie einen weiteren Augen haben, dann kann schon heute abend die Sache erledigt sein.“

Mit denselben Mitteln wie in Preußen wird jetzt in Bayern an der Neubildung des Militarismus gearbeitet. Das bayerische Verkehrsministerium erläßt folgende Verfügung:

Die Direktoren, Oberpostdirektionen, Ämter und Inspektionen werden einmündig, obkommlichen Beamten und Arbeitern zum Zweck der Beteiligung an der Vorbereitung für Volkswacht und Freikorps Dienstbefreiung, Freifahrt und bei auswärtiger Geschäften Tag- oder Stundengelder zu gewähren.

Für die Zwecke der Rotlegarden ist also trotz der drückenden Finanznot auch in Bayern reichlich Geld da!

Der Widerstand der Ungarn.

(Eigener Drahtbericht der „Freiheit“)

Budapest, 6. Mai.

Das ungar. Tel.-Kont.-Bureau meldet: Im Süden, zwischen Donau und Theiß, ist die Lage unverändert. In Szeged stehen Kolonialtruppen. Bei Csongrad stehen gestern die Rumänen nach Artillerievorbereitung über die Brücke vor. Der Angriff brach in unheimlicher Eile zusammen. Das gegen die Stadt gerichtete Artilleriefeuer verursachte nur geringen Schaden. Im Nistolejeger Gebiet hat der Feind sein Vordringen nicht fortgesetzt. Im Solgatojaner Abschnitt mußte der linke Flügel vor starkem feindlichen Druck zurückgezogen werden. Die Tschechen nahmen für kurze Zeit Rogyzen in Besitz, wurden aber durch einen Gegenangriff vertrieben. Der Aufmarsch der Budapest-er Arbeiterbataillone in das befohlene Gelände ist in vollem Gange.

Falsche Meldungen aus Oberschlesien.

Das „Berliner Tagebl.“ hatte sich aus Oberschlesien berichten lassen, daß der Kreis-Arbeiterrat der Stadt Hindenburg, von dem angeblich die jüngste Streikbewegung in Oberschlesien ausgegangen sei, nur aus unabhängigen Sozialisten und Nationalen Polen bestände. Demgegenüber teilt der Rechtsanwalt Richterstein, der Vorsitzende des Kreis-Arbeiterrats Hindenburg, dem Blatte mit, daß dieser Rat vor Ausbruch des Streiks Vermittlungsvorschläge gemacht und auch während des Streiks wiederholt seine Dienste zur Vermittlung angeboten habe. Der Rat bestände nicht nur aus Unabhängigen und National-Polen, sondern ihm gehörten Vertreter der verschiedensten Parteien und Bevölkerungsklassen an.

Ein Scherbenhäufel.

Die gestrige Sitzung des Friedensausschusses in der Nationalversammlung hat endlich die schon längst notwendig gewordene Aussprache über unsere Ostpolitik gebracht. Der nachstehend wiedergegebene Bericht der Verhandlungen im Ausschuß gibt ein vollständigeres und wahrheitsgetreueres Bild dieser Aussprache als der gestern abend durch die „Pol. Parl. Nachrichten“ verbreitete, den wir in der heutigen Morgenausgabe im Auszug wiedergeben.

Der Bericht unterstreicht noch in schärferem Maße die Tatsache, daß wir im Osten tatsächlich vor einem Scherbenhäufel stehen. Auch in solchen Gebieten, wie in Kurland, wo für den deutschen Einfluß noch viel zu retten war, ist durch die verfehlte, ja direkt verbrecherische Politik der deutschen Vertreter, vor allem der hohen Militärs, mit Graf v. d. Goltz an der Spitze, die Situation so gründlich verdorben worden, daß kaum noch was zu retten ist. Nicht nur die Beziehungen mit der Entente sind durch die lettlandische Frage verschlechtert, auch das gegenseitige Verhältnis zwischen Deutschland und dem lettischen Volk ist bis aufs Äußerste verschärft worden. Unter der stumpfsinnigen Parole „Kampf gegen den Bolschewismus“ ist hier von der angeblich „sozialistischen“ Regierung ein Politik geführt worden, die sich gegen den Sozialismus schlechthin, ja selbst gegen die Ansätze der Demokratie in Lettland richtete, den Forderungen der Dauernschaft ins Gesicht schlug, das Ansehen Deutschlands endgültig vernichtete und durch einseitige Förderung der Interessen des Großgrundbesitzes der bolschewistischen Propaganda auch in diesem Teile Lettlands direkt Vorschub leistete. Das Ergebnis ist jetzt Zusammenbruch und Chaos in diesem Lande, herausziehender Bürgerkrieg, in dem die deutschen Truppen die Rolle des Gendarmen zu spielen berufen sind, und letzten Endes eine ungeheure Verschlechterung unserer gesamten strategischen und politischen Stellung an diesen am meisten exponierten Teilen der Ostfront.

Die hier kurz skizzierten Tatsachen sind so gravierend, daß selbst die bürgerlichen Mitglieder des Ausschusses sich ihrer Wirkung nicht entziehen konnten. Die Taktik der bürgerlichen Presse, diese Angelegenheit totzuschweigen, hat der Regierung ebensowenig geholfen, wie die schon früherherberichten über Libau und die offiziellen Verdummungsversuche der Regierungorgane und des Reichswehrministers Noske. Namentlich seine Politik, die er noch in der vorhergehenden Sitzung des Friedensausschusses zu rechtfertigen versuchte, hat hier einen vollständigen Zusammenbruch erlitten, und es bildete den Höhepunkt des Strafgerichtes über die Politik der Regierung, als selbst der rechtssozialistische Abgeordnete Kröyig, der Parteigenosse Noskes, der zusammen mit ihm in Libau war, sich erob, und im offenen Widerspruch mit allen bisherigen Ablehnungsversuchen der Regierung die Erklärung abgab, er habe bei seinem Besuch in Libau den Eindruck gewonnen, daß Graf v. d. Goltz von den Vorbereitungen zum Sturz der lettlandischen Regierung gewußt hat. Damit ist nicht nur die Politik der Regierung und ihrer Vertreter in Lettland, sondern auch Noske als Regierungsmann erledigt. Denn es kann wohl niemandem zugemutet werden, einen Minister ernst zu nehmen, der von seinem eigenen Fraktionskollegen so desavouiert wird, wie es in diesem Falle geschah.

Die lettlandische Frage ist aber nur ein Teil der Politik, den die Regierung im Osten betreibt. Ihre Fehler und Unterlassungshandlungen sind durch unsere Genossen Gaaße und Gohn in wirkungsvoller Weise unterstrichen worden. Die übrigen Ausschußmitglieder und auch die Vertreter der Regierung konnten ihren Anklagen nichts Stichhaltiges entgegenzusetzen. Sie bemühten sich, ihre Niederlage durch kleine Konzessionen an die Gedankenansätze unserer Genossen zu bemänteln. Aber mit diesen Konzessionen ist es nicht getan. Unsere gesamte Ostpolitik bedarf einer grundlegenden Revision. Es geht unter keinen Umständen, daß dieser lebenswichtigste Teil unserer gesamten auswärtigen Politik die Domäne konterrevolutionärer Generäle, erstarrtiner Nationalisten und stumpfsinniger Direktanten bilden soll. Die fortgeschrittenen Mitarbeiter auf diesem Gebiet, das Fortwursteln im Sinne unserer alten abgewirtschafteten Außenpolitik hat bereits unüberwindlichen Schaden anrichtet. Wenn noch mal ein solches

Es, so kann das nur geschehen durch eine radikale Prekzision der bisher im Osten betriebenen Politik, durch gründliche Säuberung der behördlichen Ämter, die von der Regierung, besonders vom Reichswehrministerium auch auf diesem Gebiete geduldet werden, vor allem aber durch Festlegung von Richtlinien einer ehrlichen, aufrichtigen, völkerverständlichen Politik, die dem deutschen Volke den Weg nach dem Osten freimachen soll.

Die Sitzung des Friedensauschusses.

Zu den Bericht über die gestrige Sitzung haben wir noch folgendes nachzutragen:

Der Vorwurf des Genossen Dr. Oskar Cohn wegen der zeitigen Veröffentlichung des Protokolls Erzbergers an Hoch gegen die angeblichen Angriffsabsichten der Polen richtete sich gegen das noch sonst schon wiederholt hervorgetretene Bestreben des Ministers Erzberger, durch sensationelle Meldungen über die Verschlechterung der Lage des deutschen Volkes die Öffentlichkeit zu alarmieren, um dann die Öffentlichkeit glauben zu machen, daß es ihm, dem großen Meister der äußeren und inneren Politik, gelungen sei, durch seine Beziehungen und Einwirkungen auf die mit ihm verhandelnden Gegner des deutschen Volkes wieder einmal aus schwerer Gefahr zu retten. Daß der Minister Erzberger die der Waffenstillstandskommission zugegangenen Nachrichten über angebliche Marschbewegungen der polnischen Armee für eine Anfrage an Hoch benutzte, daß Genosse Dr. Oskar Cohn befragt; nur die Einstellung der Anfrage in Form eines Protestes und seine sofortige Veröffentlichung — ohne die Antwort von Hoch abzuwarten — hat er mit Recht dem nach Theaterwirkungen haschenden Vorsitzenden der Waffenstillstandskommission vorgehalten.

In der Dienstagsitzung des Friedensauschusses schlossen sich die Redner der Rechtssozialisten, der Demokraten und der deutschen Volkspartei dem Verlangen nach

Schnellster Zurückziehung der deutschen Truppen aus Rußland und Litauen

an. Genosse Haase vertrat nochmals eindringlich diese Forderung und wies darauf hin, daß sich mit der Befreiung der lettischen Regierung und in ihrer Ersetzung durch Vertrauensmänner der deutschen Völker nur unter anderen Verhältnissen der Vorgang wiederhole, der sich im vorigen Jahre in Kiew zugetragen habe, als der Generalfeldmarschall Sichöfen die ukrainische Regierung durch den Hetman Skoropadski ersetzt habe. Zahlreiche Nachrichten aus Ulan ergeben, daß General v. d. Golz, der sich schon in Finnland ein unglückliches Andenken als Hecker der Revolution beschaffen habe, um die Absicht der baltischen Landwehr, die lettische Regierung zu stürzen, gewußt und diese politische Aktion einer ihm unterstellten Truppe nicht verhindert habe. Wenn er aber wirklich von den Ereignissen übersehen worden sei, habe er sich schon dadurch unfähig für seinen Posten erwiesen. Genosse Haase besprach sodann die

Beziehungen Deutschlands zur russischen Sowjetregierung

und stellte den gänzlichen Mangel an Gedanken und Aktivität fest, der die „Politik“ der Regierung gegenüber Rußland kennzeichnet. Die Abgeordneten Lobe und Krähig von den Rechtssozialisten, Dr. Haase und v. Nitschowsen von der demokratischen und Dr. Stresemann von der deutschen Volkspartei stimmten den Ausführungen des Abgeordneten Haase über die Notwendigkeit, die deutschen Truppen sofort zurückzuziehen, durchaus zu. Nitschowsen und Stresemann haben ebenfalls die Entscheidungsfähigkeit der deutschen Regierung gegenüber den Aufgaben hervor, die die Nachbarschaft des großen deutschen Volkes zu dem noch größeren russischen Volke, namentlich jetzt, bei dem Mangel an Rohstoffen, und dem Zwange, Beschäftigung für Millionen deutsche Arbeiter zu schaffen, der deutschen Politik stelle. Abgeordneter Krähig teilte noch mit, daß er in der Begleitung Rodke vor wenigen Tagen in Ulan und Nowos war und aus dem Vortrage des Generals von der Golz den bestimmten Eindruck gewonnen habe, daß der General um die Absicht, die lettische Regierung zu stürzen, gewußt haben

masse. Genosse Dr. Oskar Cohn wies nach an mehreren Einzelfällen die Notwendigkeit nach, soziales wenigstens mit der Wiederherstellung wirtschaftlicher Beziehungen zur Sowjetregierung zu beginnen. Gegenüber den Ausführungen des Unterstaatssekretärs des Auswärtigen Amtes, Langewert von Simmermann, hob er hervor, daß die schlechte Politik jedenfalls die sei, gar keine Politik zu machen und abzuwarten, bis andere Mächte der deutschen Regierung das Veto des Handbuchs vorschreiben. Er meinte, daß, zu welcher Politik sich die deutsche Regierung jetzt auch gegenüber Rußland entschlief, ihr

das Schicksalswort zu spät

entgegenstehen werde.

Der Verlust der jetzigen Regierung, mit den Mitteln der Gewalt eine Politik gegen Rußland zu führen und in Litauen und Rußland nach dem letzten Rest von Einflußbereichen zu behalten, ist rettungslos zusammengebrochen, wie sich aus den Verhandlungen des Friedensauschusses ergibt. Die unablässigen Warnungen, die unsere Genossen in der Nationalversammlung und, solange sie in der Regierung waren, in Kabinettsitzungen, ausgesprochen haben, sind leider zu spät beachtet worden. Auch im Osten steht die Koalitionregierung und stehen die Regierungsparteien jetzt vor einem schweren Hügel. Rohere Zeit ist in der Absetzung von Gewaltverstellungen und in der förderten Angst vor einem für innerpolitische Zwecke zurechtgemachten bolschewistischen Zerschlagung verfaulend worden. Wichtige Angelegenheiten werden durch Amerika und England diese Zeit und die antibolschewistischen Vorarbeiten der deutschen Regierung benutzt haben, um ihre Beziehungen zur Sowjetrepublik zunächst auf wirtschaftlichem Gebiete wieder anzubahnen. Es ist der Zugang zu den großen Rohstoffgebieten im Osten, die gleichzeitig den Strom überzähliger deutscher Arbeitskräfte aufnehmen können, dem deutschen Volk durch Schuld seiner eigenen Regierung schwer, wenn nicht auf lange Zeit nahezu versperrt. Dieses traurige Ergebnis einer

ideen- und tatenlosen Politik

haben nun auch die Regierungsparteien erkannt. Es wird abzuwarten sein, welche Folgerungen sie aus der Erkenntnis ziehen werden. Vergeblich haben sich die Regierungsvertreter, Minister Erzberger, Unterstaatssekretär Langewert von Simmermann, Geheimrat Rodolphi auch in der Monatssitzung, Minister Rodke bemüht, den Zusammenbruch der Diktatur zu verschleiern und zu verteidigen.

Am Schlusse der Sitzung teilte noch Dr. Dernburg mit, daß in der Kabinettsitzung vom Dienstag die Einsetzung eines Reichskommissars beschlossen worden sei, der die besondere Aufgabe habe, die Produktion in Deutschland für die Zwecke des Exportes in Gang zu setzen und zu heben. Dem Reichskommissar ist ein Dreierrat zur Seite gesetzt, dem unter dem Vorsitz des Ministers Wiffel Spät und Lehmann und ferner noch der Reichernährungsminister Schmidt und Minister Dernburg angehören. Dem Kommissar und dem Räte seien besondere Machtbefugnisse gegeben, worüber die Deffen. - - - - - in nächster Zeit das Nähere erfahren werde. Diese geheimnisvollen Andeutungen lassen die verschiedensten Vermutungen zu. Ohne die Arbeiter kann die Produktion nicht in Gang gebracht werden. Beziehen sich die besonderen Machtvollkommenheiten insbesondere auch auf die Einfügung und die Festhaltung der Arbeiter im Produktionsprozeß? Wir wollen die näheren Mitteilungen abwarten.

Die nächste Sitzung des Friedensauschusses findet Mittwoch, nachmittags 5 Uhr, im Reichsamt des Innern statt.

Appell an das Gewissen.

Die Berliner Nerzte-Korrespondenz schreibt zu der Gründung der Arbeitergemeinschaft der Nerztefreigeigener, es sei zu beklagen, daß „diese gelbe Gewerkschaft“ gelegentlich auch bei einem wirtschaftlichen Streik in Tätigkeit treten könnte. Daher dürfe ihr kein Arzt beitreten.

Als gelbe Gewerkschaft bezeichnet die Arbeiterkassette die Ansammlung jener Elemente, die sich in ihren Handlungen

nur von ehrlosen, auf den Gewinn berechneten Motiven leiten lassen, die nur den Eigennutz kennen und jedes Solidaritätsgefühl vernichten lassen. Es ist also eine Niedertracht, die Arbeitsgemeinschaft der Nerztefreigeigener, die nur aus idealen Gründen geschaffen wurde, auf eine Stufe zu stellen mit einer gelben Gewerkschaft.

Das „Berliner Tageblatt“ gibt diesen Angriff der Nerzte-Korrespondenz ohne ein Wort der Kritik wieder. Die „Volkzeitung“ dagegen sagt:

Die Stellung des amtlichen Berliner Nerzteorgans müssen wir auf das lebhafteste bedauern. Da es nur eine Kränkung und eine Menschlichkeit gibt, halten wir es für ein hohen Stand der ärztlichen Wissenschaft verlebendes Zeichen, wenn die Hilfe davon abhängig gemacht werden soll, ob politisch oder wirtschaftlich gestreift wird. Wir würden die Haltung der Nerzte auch dann den hohen Aufgaben ihres Berufes widersprechend finden, wenn sich genauer unterscheiden lassen würde, ob ein Ausstand politisch oder wirtschaftlich ist, was sich oft gar nicht bestimmen läßt.

Wir appellieren noch einmal an das Gewissen der Nerzte, die allgemeine sittliche Bewehrung durch eine Vergewandung des Nerztefreies nicht noch zu steigern. Ein Sieg, der einer Sache nur durch das tatsächliche Hinsinken von Hilfsbedürftigen gesichert werden könnte, wäre in jedem Falle ein sehr zweifelhafter und letzten Endes eine Niederlage vor dem einfachsten sittlichen Gesetze.

Wir glauben nicht, daß dieser Appell irgendeinen Erfolg haben wird. Der Vergleich der Arbeitergemeinschaft der Nerztefreigeigener mit einer gelben Gewerkschaft ist ein deutlicher Beweis für die Einsichtslosigkeit der streikwilligen Nerzte.

Aus dem rüd'ändigen Baden.

Das Karlsruhe wird berichtet, daß die Bundesversammlung der badischen Arbeiter- und Sozialvereine das Rätesystem nahezu einstimmig abgelehnt habe.

Wenn diese Meldung zutrifft, so wäre das ein neuer Beweis dafür, daß Baden, das man einstweilen als das fortschrittlichste Land Deutschlands rühmte, jetzt politisch außerordentlich rückständig ist. Die Ablehnung des Rätesystems nimmt nicht wenige Wunder, denn in Baden haben die Unabhängigen Sozialisten bisher nur geringen Einfluß auf die Arbeiter ausüben können und die Partei der Rechtssozialisten hat dort einen ganz kleindürgerlichen Charakter.

Die Lage im Ruhrrevier.

Zur Verkehrsfrage im Ruhrrevier teilt der Westfälischer Anzeiger mit, daß die Streckbewegung erlitten ist, hat die Förderung und der Versand in voriger Woche naturgemäß wieder eine starke Rückwärtsbewegung erfahren. Die Förderung erreichte in den letzten Tagen der Woche um 300 000 Tonnen. Die Kohlenförderung des Streiks machen sich natürlich noch sehr stark bemerkbar, da die Betriebsrichtungen noch wochenlangem Unterbrechung erst allmählich wieder in den normalen Gang gebracht werden können. Die Wagnersstellung bei am 8. Mai 12 000 Wagnern tragen, das ist ungefähr die Hälfte der normalen Tagesleistung. Die Zufuhren zu den Rappern und zu Durchfuhren durch Audort sind anhaltend sehr gering (am 2. Mai wurden 17 000 Tonnen gepreßt) und werden sich allmählich wieder die früheren Höhe erreichen, da zunächst die Eisenbahn sowie die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung nur wenig über tausend Tonnen pro Tag. Die Abfuhr werden in größerer Anzahl vor der Einfahrt in den Rhein-Deine-Rhein anhalten, da er mit Leerraum gänzlich überfüllt ist. Ingegend liegen im Kanal zur Zeit rund 800 Schiffe mit 600 000 Tonnen Fassungsvermögen beschlagnahmt. Erst wenn die Betriebe, die der Wasserversorgung dienlich sind, wieder mit Kohle versorgt sind, wird der Wassertransport in größerem Umfang einsetzen können. Nach dem Norden und Osten ist er noch gänzlich gesperrt.

Gustav Landauer.

Er wollte das Meer von Blut im Kriege und in der Revolution bannen und kam durch Nord selbst darin um. Er wollte das Heil bringen und endete im Unheil. Der Broddes einer höheren Menschlichkeit wurde von einer Menge tierisch erschlagen, die seines Geistes keinen Hauch verspürte. Seine Stimme, die in letzter Stunde noch einmal an die Herzen und an die Vernunft appellieren wollte, wurde im Blut erstickt. Ein Apostel reinen Wissens, der blindem Wüten zum Opfer fiel — das war Gustav Landauer.

Nach Diebnecht und Eider man auch er küßlich nieder gemeldet! Die Revolution habe ihn, der in Berlin nie ganz heimisch geworden war, von ruhiger, literarisch-dramaturgischer Tätigkeit in Düsseldorf nach München geworfen, wo er in beglücktem Dronge einzigen Wickers an vorderster Stelle stand. Er war nie Parteimitglied gewesen, hielt sich auch sehr weit von der Parteiregierung (als Kulturschlichter) und weit entfernt im Neutralität. Vor kurzem hieß es, er sei mit Erich Mühsam verhaftet und in das Justizhaus zu Bamberg gebracht worden. Nun tauchte er oberhalb von den kommunistischen Machthabern in München wieder auf. Lieber als diese inneren und äußeren Zusammenhänge, wie auch über die näheren Umstände seines tragischen Todes, fehlt es noch völlig an Klarheit. Wir wissen aber, daß mit ihm wieder einer der Schönmenschen, die Großes und Edles gewollt haben, dahin ist, wenn sich nicht doch noch die schwache Hoffnung, daß er am Leben sei, beharrt.

Ein Idealist, der über aller platten „Wirksamkeit“ mit verzögertem Inbrunst geistlich an seinen Ideen hing, blieb er bis in sein eben begonnenes 30. Lebensjahr. Er war in Dultenhausen geboren, studierte in Heidelberg und Berlin Philosophie. Seine eigene dichterische Begabung ließ ihn sich mit Vorliebe der Literatur widmen; schon früh schrieb er Romane und Novellen („Macht und Mächte“ heißt ein noch heute lesenswerter Band), und verdiente mit Uebersetzungen sein lozges Brot. Obwohl er schon in jungen Jahren seine Zeitschrift „Der Sozialist“ herausgab, war er doch niemals Politiker im Tagesinne gewesen — wie es auch das Unglück der letzten Ereignisse erwies, in denen Strudel er mit so vielen anderen leider unterging.

Er war niemals Sozialdemokrat gewesen, er haßte den wissenschaftlichen, Monomisch-historischen Marxismus und sah sich durchaus und nur als Apostel eines ethischen Sozialismus. Als verpöhlter Jünger Brandens stimmte er mit dessen föderalistischem System der Tauschbanten und der kleinen ländlichen Gemeinden, die ihren Bedarf selbst decken, in den Grundzügen überein. Bevor er von hier aus sich dem Rätesystem und dem Bolschewismus näherte, schrieb er kurzen bewußt

unwissenschaftlichen und gehässig antikommunistischen Aufsatz zum „Sozialismus“. Alles ist darin lediglich auf das historische Schauen, den Enthusiasmus und die Prophezie gestellt, aber auch auf das Mitleiden, Arbeiten und Zusammenhören der Gruppen, der Gemeinden, der Völker. Er rief die „heilige Unzufriedenheit“, welche und Ziel vor unserer Zeit, der er schon vor 1914 in vielen kriegerisch mörderischen Ereignissen ein ahnungsloser Verkünder war, schenken ihm wichtiger als streng methodologisches Denken. Die Rast-Revolution, die er, sich behutsam einfühlend in andere Sprache übertrug, die kosmische Poesie Walt Whitmans, die er liebevoll übersehte, die Werte des Anarchisten Peter Kropotkin, die er in ihrer Gesamtheit herauszugeben beabsichtigte, beschäftigten ihn mehr als politische Theorien und Parteiprogramme.

Am besten könnte man ihn als romantischen „Anarchosozialisten“ bezeichnen. In einer seiner letzten veröffentlichten Reden sagte er: Wir brauchen in Wahrheit die immer wiederkehrende Erneuerung, wir brauchen die Vereinfachung zur Erleichterung, wir brauchen den großen Ruf der Sozialkritik über die Bande weg, wir brauchen die Polarität des Gotterlebens, die von Zeiten zu Zeiten das große Jubeljahr ausruft, wir brauchen den Frühling, den Wahn und den Mord und die Tollheit, wir brauchen — wieder und wieder und wieder — die Revolution, wir brauchen den Dichter.

In diesem bewußten Ueberschwang, diesem rein fänkleschen Glauben und Begehren ähnelte er unterem Kurt Eisner, von dem ihn aber menschlich und politisch himmelweit mehr trennt. Sein stolzes und eigenwilliges Herz ließ ihn nie ganz in Vorkommen aufgeben, und auch gegen seine Freunde konnte er hart und hoffärtig werden. Dann aber wieder wie mild und lieblich, besonders daheim. So wie er Tolstoi und Nietzsche zu vereinen suchte, so mischten sich überhaupt in ihm die widersprechendsten Elemente. Seine philosophischen Wandlungen gingen vom Eleptizismus (er war lange ein leidenschaftlicher Verehrer von Naudiners Sprachkritik) zum rationalistischen Spinozismus Sunners. Aber auch von Sunners lösten er sich langsam zu entfernen, da er dessen soziale Fremdbel, und Zweiteilung der Menschheit in „Voll“ und „Gering“ mit seinem ethischen (und eben darum selbstbewußt bloß ästhetischen) Sozialismus nicht vereinen konnte.

Seine eigenen geistigen Potenzen, seine Persönlichkeit, verlegnete er nie, mochte er — bereits in reifen Jahren — um mit seiner Familie nicht zu verhungern — als Gehilfe in einer Buchhandlung der Potsdamer Straße Kunden bedienen oder vor Damenkreisen im Berliner Westen Literaturvorträge halten. Diese bogenre Ehrfurchtsgehalt mit dem langen Haupthaar, dem wilden Bart und der wehenden Strähne, hatte wohl nicht nur äußerlich mit dem Mannzener der französischen Revolution überein

gestimmt (1918 herausgab) mehr gemein als mit der heutigen deutschen „Revolution“). Aber es lag an ihm selbst, wohl nicht weniger als am Volke, daß ihm die Führerschaft nicht frommte. Zu anderer Zeit, in anderen Bezirken, unter anderen Menschen hätte es untergänglich wirken können.

Erich Baron.

Trianon.

Nicht das historische Schicksal Trianon, sondern eine moderne Augustarawankerei, das Hotel Trianon-Balade, wird der Schauplatz der gemessenen Friedensbedingungen zwischen den deutschen Unterhändlern und den Vertretern der Entente sein. Dieses Haus hat vom „Grand Trianon“, wie die Franzosen das Schloß nennen, nur den Namen entlehnt, diesen Namen, der nun wohl für alle Zeiten mit dem Friedensschluß verknüpft bleiben wird. Eine fülle historische Erinnerungen knüpft sich an das „Grand Trianon“. So hat auch Napoleon I. seine Spuren darin zurückgelassen; von ihm erzählen die letzten Empirer, die nicht ganz in den Rahmen passen, Abgelebten von Ludwig XVIII. und Karl X. haben alle französischen Könige im Trianon gewohnt. Louis-Philippe allerdings nur beitragsweise anlässlich eines Besuchs Kautenhaltes. Ludwig XVI. und Marie-Antoinette sogar das „Petit-Trianon“ mit seinem ländlichen Dorf dem größten Schloß vor.

Peter-Hille-Gebäudeleiter. Am 7. Mai 1904 Nord Peter Hille. Um dem Dichter und seinem Werk eine nachträgliche Ehrlichkeit angedeihen zu lassen, wird am nächsten Sonntag, nachtags 12 Uhr, im Harmoniumsaal, eine Peter-Hille-Gebäudeleiter-Konferenz, Theodor Loos vom Festspiel-Theater wird Teile aus einem nachgelassenen Werk Peter Hilles zur Vortragsung bringen.

Neuer Kommunalverwaltung des Theaters bricht Herr Dr. S. Reiterle am Donnerstag, den 8. Mai, abends 7 1/2 Uhr, in der Mitgliederversammlung der Freien Volksbühne, im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Das für die Differenzierung der Volksbühnenbewegung sowie für den kulturellen Aufstieg der Berliner Bevölkerung so wichtige Thema dürfte allgemeines Interesse finden.

An der Volksbühne sind bei der Uraufführung von A. Daur-Greiff Komödie „Der Umzug“ am 10. Mai die Hauptrollen folgendermaßen besetzt: Der Dichter — Jürgen Reising, Knaben — Lucie Mannheim, der Bürgermeister — Guido Bergfeld, der Kultusminister — Julius Sachs. Regie: Paul Lehmann. Bühnenbilder: Karl Jakob Dietz. Musik: Heinz Thiesen.

Von Eise Paster-Schillers „Wupper“ ist heute im Deutschen Theater die erste öffentliche Aufführung. Der Vortrag der Sonderveranstaltung, die am Sonntag mittags 12 Uhr in den Kommerzbüchsen des Deutschen Theaters stattfinden und in der Eise Paster-Schiller aus ihren Werken vortritt, wird vom Verein „Junger Deutschland“ der Diktator als Ehrenrede überreicht.

Gewerkschaften und Räteystem.

Von Karl Därt.

Wir entnehmen der Matinnummer der „Berliner Tagwacht“ folgenden beachtenswerten Artikel:

Ein Sturm legt durch die Welt! Alte Staatsformen sind zerfallen wie Glas, und allenthalben sucht man nach neuen Formen. Nach der politischen Revolution geht es an das viel schwierigere Werk, die soziale Umgestaltung. Der Moment wird zu jener Wirklichkeit, den das ausgedehnte Proletariat seit Jahrzehnten ersehnte. Und nun er kommt, trifft er uns doch unvorbereitet.

Am nächsten besteht wohl kein Zweifel darüber, daß es gar nicht so schwer ist, einen König vom angeführten Thron zu werfen und das Volk selber als Souverän zu erklären. Dies schwieriger ist es aber, der neuen Form den rechten Inhalt zu geben. Die Väter, die sich von ihren Potentaten selbst zu geben, wollen nicht den einen Götz anbeten, um dem anderen gefährlicheren, dem Kapital, weitere Nabrunder zu ironen. Sozialisierung der Wirtschaft ist daher der Kampf zu erweiden.

Damit erheben sich neue Organisationsprobleme. In Deutschland, in Rußland und Ungarn tritt das Räteystem in den Vordergrund der Diskussion. Der extreme Linke Flügel verlangt auch bei uns nicht nur Ausschaltung oder vielmehr Beseitigung des Parlamentarismus, sondern Beseitigung der bisherigen Träger der wirtschaftlichen Organisationsprobleme der Arbeiter, der Gewerkschaften. Das Programm ist: Alle Macht den Arbeiter- und Soldatenräten. Man glaubt, daß eine radikale Beseitigung der Profitswirtschaft nur auf dem Wege des direkten Einwirkens der Arbeiter in die Wirtschaftsorganisation möglich ist, und spricht gegenüber den Gewerkschaften den Verdacht aus, daß sie das Instrument seien, die kapitalistische Profitswirtschaft zu verewigen.

Wir sind nicht der Meinung, daß irgendeine Institution, und mag sie zu ihrer Zeit noch so wichtige Aufgaben erfüllt haben, etwa aus Gründen der Vielheit erhalten werden könnte, auch wenn ihre Zeit abgelaufen ist. Wir haben aber die Überzeugung, daß die Zeit der Gewerkschaften nicht abgelaufen ist, sondern daß sie nun erst recht beginnt. Selbstverständlich werden die Gewerkschaften sich den Aufgaben, die ihrer warten, anpassen. Wenn sie in jahrzehntelangen, aufreibendem Kampf die Massen der Proletarier anleitet, den Boden für das kommende Neue unter unendlichen Mühen, verfolgt vom Unternehmertum, verläßt von den indifferenteren Massen, vorbereitet haben, so wird man annehmen dürfen, daß sie über das nötige Maß hinaus verfügen, um auch dem Sozialisierungsproblem gerecht zu werden.

Eine schöne Sache verdienen, die heute die Arbeiter im Streit gegen die Gewerkschaften sind, sind nicht in den vorbestimmten Reihen, als es oft, mühsame und anstrengende unerschöpfliche Organisationsarbeit zu leisten. Wäre man sich die Lösung des Problems auch leichter vorstellen, als es sein wird. Der Kapitalismus acht sich nicht so leicht gelassen, und die Vorbedingungen für die Sozialisierung sind von Land zu Land, wie von Industrie zu Industrie, ganz verschieden.

Der Grundgedanke der Räteorganisation ist aber auch dem modernen Gewerkschaftler gar nicht so fremd, wie es oft dargestellt werden will. Schon seit vielen Jahren vertreten in wohlorganisierten Betrieben Unternehmer- und Arbeiterorganisationen in Berufsfragen auf dem Fuße der Gleichberechtigung. In unzähligen Fällen wurde die Erhaltung gesichert, daß die gleiche Festlegung von Arbeitsbedingungen ein ungeheurer komplizierter, und schwerfälliger Apparat ist, der in der Regel eigentlich erst zum Abschluß einer Arbeit gelangt, wenn die Lösung durch die Verhältnisse schon längst überholt ist. Aus diesem Grunde ging man immer mehr dazu über, direkt von Partei zu Partei Lösungen zu finden, die den berechtigten Interessen gerecht werden. In den Betrieben selber konnte man bisher keine Betriebsräte, aber deren Vorläufer, die Arbeiterkommissionen. Wir behaupten nicht, daß diese Organe und die Arbeit, die sie geleistet haben, durchweg befriedigend waren; aber es waren Ausläufer, und an diese wird angeknüpft werden müssen. Ohne ein besonderes Programm heute aufstellen zu wollen, sei hervorgehoben, daß an Stelle der bisherigen Beziehungen, die immerhin für die nächsten Jahre noch genügende Anforderungen an die Gewerkschaften stellen wird, Aufgaben von unabsehbarer Tragweite treten. Die erste Vorbedingung zu ihrer zweckmäßigen Lösung ist die Geschlossenheit der Organisation. Wir können uns nicht vorstellen, daß etwas Entscheidendes geleistet werden könnte, wenn nicht die Arbeiter aller Berufe und Industrien sich als Klasse um ihre Gewerkschaftsfragen und in moderner Geschlossenheit und treuer Solidarität für die Verwirklichung der neuen Gesellschaftsorganisation einsetzten würden.

Wie sollten anders alle die unter harrenden Probleme ihrer Lösung nähergebracht werden? Glaubt man etwa, mit der Lösung des Problems der 48-Stundenwoche sei die Sache erledigt? Oder bestreitet man den neuen Wänden, durch ein Dekret, einen Vorwärtsschritt sei das Privateigentum an Grund und Boden und an Produktionsmitteln abgeschafft? Oder etwa, das Sozialisierungsproblem sei gelöst, wenn die Arbeiter einer Fabrik oder aller Fabriken ihrem Patron den Stuhl vor die Tür legen? Der Heberantritt vom Kapitalismus zum Sozialismus wird uns außerordentlich harte Kämpfe zu machen geben, und wir werden manche Demütigungen überwinden müssen. Auch Rückschläge werden nicht ausbleiben.

Wenn es aber gelinnet, diesen Übergang ohne anwaltliche Kämpfe, ohne Bürgerkrieg zu vollziehen, um so besser. Die herrschende Klasse wird sich willig dazu, damit vorzuzugestehen müssen, daß ein neues Zeitalter begonnen hat, in dem die Privilegien des Besitzes fallen, wie vor einem Jahrhundert die Privilegien der Geburt fielen.

Sie kann den Heberantritt mildern und dem Kampf die härtesten Folgen nehmen, wenn sie sich nicht länger den Privilegien erwehrt, die ihr im Interesse der Wohlfahrt der Arbeiterklasse obliegen. Das ist die Sorge für die Arbeitslosen, die Kranken, die Witwen und Waisen und aller anderen, die vom Zufall geschlagen sind. Wenn das geschehen ist, werden die Gewerkschaften, die bisher einen erheblichen Teil ihrer Mittel zum Heilen der Wunden verwenden mußten, die der Kapitalismus geschlagen hat, die Hände frei bekommen zu der Bestimmung, zu der sie kraft ihrer Vergangenheit wie auf Grund ihres Programms und ihrer Zusammensetzung in erster Linie berufen sind.

Aus der Partei.

„Brotfreibrief“ in Württemberg. Unser Stuttgarter Parteiporgan, „Der Sozialdemokrat“, ist während der Osterferien in der Verbotszone, weil er es nicht gutheißen konnte, daß württembergische Truppen nach Bayern geschickt wurden. Aus der Druckerei wurden wichtige Maschinenenteile entwendet, um die Herstellung des Blattes unter allen Umständen zu verhindern. Ein Versuch um Aushebung des Verbots und Freigabe der entwendeten Maschinenenteile wurde vom Staatspräsidenten Bloch dahin beantwortet, daß die Abschaffung sich verpflichten müsse, nicht mehr für den Generallieferanten und zum Sturze der Regierung aufzufordern. Nach langen Beratungen, an denen auch die Landeskommission der U. S. P. D. teilnahm, sah sich die Redaktion gezwungen, dem Verlangen der Regierung nachzugeben. Die Genossen mußten sich der Gewalt fügen, um die Existenz des Unternehmens, in dem nur Arbeitertröden inbesteht, nicht in Frage zu stellen. Außerdem stehen die württembergischen Gemeinderäte wählbar vor der Tür. Durch das Verbot der Zeitung wäre den württembergischen Genossen jede Parteilichkeit genommen worden. Es ist eine Schwärze, daß eine „sozialistische“ Regierung durch derartige Zwangsmaßnahmen die Existenz eines Blattes zu vernichten droht, das unter den schwierigsten Umständen sich behaupten mußte, und dabei hat diese Parteiaktion immer noch den Mut, von Freiheit und Demokratie zu sprechen.

Gewerkschaftliches.

Die Lage der Rotlandsarbeiter im Grunewald.

Wer mit der heutigen Lebensverhältnissen einigermaßen vertraut ist, der muß entsetzt sein über die Wohnverhältnisse der Rotlandsarbeiter im Grunewald. Trotzdem bei anderen Gemeinden der Lohnsatz mit den Kollektivverträgen in Einklang steht, bzw. so herausragt, daß der Arbeiter davon wenigstens leblich davon als Mensch leben kann, so ist es beim Rotlandsarbeiter in der Höhe der Lohnsätze jeder Bedrückung. Es wird dort noch der hohe Lohn von 125 M. bzw. 150 M. gezahlt. Bei Antritt der Arbeit wurde auf dem Arbeitsnachweis darauf hingewiesen, daß jeder Arbeiter sich jeden Tag einen Satz Holz mit nach Hause nehmen dürfe. In der ersten Zeit war es auch so. Nachdem es aber einmal zu Meinungen zwischen Arbeiter und Unternehmer gekommen war, es handelte sich um die Wahl des Arbeiterrats und Bezahlung für die Zeit der Versammlung, kam der Rotlandsarbeiter mit der Besetzung. Der Tag wurde dann bezahlt, aber sämtliche Arbeiter mußten ein Schriftstück unterschreiben, worin sie sich verpflichteten, nur Mittwoch und Sonnabends Holz mitzunehmen; bei Verletzung tritt sofortige Entlassung ein. Vor 14 Tagen traten nun die Arbeiter mit einer Lohnforderung an den Arbeitgeber, sowie mit dem Antrag auf Bezahlung der Beurlaubung heran. Es wurde der Stundenlohn von 1,50 Mark verlangt. Daraus ging dieser Tage ein Schreiben des Arbeitgebers an die Arbeiter, das sämtliche Forderungen der Arbeiter ablehnte mit der Begründung, daß für den alten Lohn nicht einmal etwas zu arbeiten bei diesem Hungerlohn? Denn ehe man die Arbeitseinstelle erreicht, hat man schon das Geld verdient. Es gibt Arbeiter, die morgens um 8 Uhr von Hause weggehen und abends um 7 Uhr wieder zu Hause sind. Dafür wird dann der hohe Lohn von 10 bzw. 12 Mark bezahlt. Da die Arbeiter meistens einseitige Kriegsteilnehmer sind und sich vier Jahre im Felde herumgetrieben haben, so müssen sie hinter denen zurückbleiben, die sich als Reklamierende in dieser Zeit gefehlt gemacht haben und noch jetzt das schwere Geld verdienen. So sieht der Dorn des Vaterlandes aus. Wann kommt die Zeit, wo sich auch der Grunewald Rotlandsarbeiter auf seine Kraft besinnen und seine Arbeitskraft etwas höher einzuschätzen?

Freie oder gelbe Gewerkschaft?

Eine harte Beschlusse der Vollversammlung des Hochscholerspersonals legte am 8. Mai in Döberitz die Beschlüsse fest. Nachdem der erste Punkt „Stellungnahme zur Neuwahl der Arbeiter“ schon erledigt war, nahm der nächste Punkt „Stellungnahme zu den Verbänden der Arbeiter“ das Hauptinteresse in Anspruch. Neumann (Vollzugsrat) polemisierte gegen die gelben Gewerkschaften, zu denen er auch den Privat-Eisenbahner-Verband rechnete. Gegenüber dem Terrorismus der Gelben führt er als Beispiel die Verhältnisse bei Siemens-Schuckert an, wo vor dem Krieg niemand Arbeit bekam, der nicht in die gelbe Gewerkschaft eintrat. Die gelben Gewerkschaften sind gegründet worden von dem Unternehmertum um der Arbeiterkraft in den Händen zu lassen, daher darf ein Klassenbewußter Arbeiter nur einer freien Gewerkschaft angehören.

Oelmann (Transportarbeiter-Verband) sprach in ähnlichem Sinne und forderte die Anwesenden auf, sich dem Transportarbeiter-Verband anzuschließen. Als die (Büroangestellten-Verband) schließlich die bestehende Tätigkeit der Gelben beim Ansehensverlust und betonte die Solidarität zwischen Angestellten und Arbeitern (Eisenbahner-Verband) plädierte für eine einheitliche Arbeiterbewegung. Ein Votieren mit dem Kapital könne es nicht geben. Die arbeitende Klasse müsse jetzt Schritt halten über alle, die den Erwerbungsdrang auf dem Gewissen haben.

Rein (Gewerkschaft deutscher Eisenbahner) wandte sich gegen die Verletzung seiner Gewerkschaft als gelbe Organisation. Die Gewerkschaft der Eisenbahner sei eine künstlich-notionale Gewerkschaft, welche bei Streik immer im Verein mit den freien Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter vertreten habe. Er erklärte es für Terrorismus, daß die Angestellten heute geschlossen werden sollen, in den Transportarbeiter-Verband einzutreten. Schematische Vorkenntnisse erregte es, als Reuber auf die Rede, seit wann keine Organisation das Streikrecht fordert, antwortete, seit dem 9. November. Eine (kritik.) sprach in ähnlichem Sinne und forderte Anerkennung aller Gewerkschaften, welche der Arbeitseinstellung der Gewerkschaften angehörend sind. Sie ist Arbeiterkraft, wie die Arbeiterorganisation der Gewerkschaft der Eisenbahner haben geschieden habe. Alle Schritte bei der Lösung seien einzig und allein den Verhältnissen zu danken.

Schwarz (Eisenbahner) sprach in ähnlichem Sinne und forderte die Anerkennung aller Rechte. Oelmann (Büroangestellten-Verband) nahm die kritische-nationale Gewerkschaften unter. Unter ähnlichem Vorfall der Versammlung sprach Neumann (Vollzugsrat) mit Herrn Oelmann (Eisenbahner) diese Rede, die im Gegensatz zu dem Inhalt des Textes steht. Oelmann sprach in ähnlichem Sinne und forderte die Anerkennung aller Rechte. Oelmann (Büroangestellten-Verband) sprach in ähnlichem Sinne und forderte die Anerkennung aller Rechte.

Ein Schlußwort wurde angenommen. Nach einer langen ersten Schlußwort wurde erhalte forderte ein Anknüpfen der kritischen-nationalen alle diejenigen, die mit der Gewerkschaften nicht einverstanden sind, auf, den Schritt zu verlassen. Eine Person solle folgen dieser Aufforderung. Eine Resolution, in der die Verwaltung erklärt wird, nur nach mit Vertretern der freien Gewerkschaften zu verhandeln, wurde gegen 2 Stimmen angenommen. Ein Antrag, eine Entschuldungsliste von 800 M. am 1. Juli zu fordern, wurde nach einer längeren Debatte ebenfalls angenommen.

falls angenommen. Nach Annahme einiger weiterer Anträge u. a. nicht mehr mit Rosgardien zusammen zu arbeiten, wurde die imposante Versammlung gelöst.

Lohnbewegung der Sattler.

In einer überaus zahlreich besuchten Branchenversammlung am Dienstag abend nahmen die Sattler Stellung zu den Lohnforderungen, die zu gleicher Zeit mit der Forderung eines Reichstags gestellt worden waren. Kollege Schulz erklärte, daß die Verhandlungen über einen Reichstags durch das Nichterlösen der Unternehmern sabotiert worden seien. Er liege auf dem Standpunkt, daß ein Reichstags das beste für die Branche wäre. Da derselbe jedoch unter den schwierigen Umständen zur Zeit nicht zu erreichen sei, die Lohnforderungen aber keinen Aufschub duldeten, so sei es unbedingt nötig, dringende Abmachungen zu treffen. Er könne mitteilen, daß die besetzte Kommission nach vorheriger Verhandlung mit den engsten Funktionären sich auch bereit in den Unternehmern in Verbindung gesetzt habe. Er habe ihnen im Auftrag der Kommission ein Schreiben übermittelt, worin sofortige Verhandlungen auf Grund der Forderungen des Reichstags verlangt werden. Zu den gestellten Lohnforderungen, 1,50 M. Stundenlohn plus 40 Proz. Zuschlag, seien außerdem nochmals 20 Prozent gefordert worden, rückwirkend ab 1. Mai. Die Unternehmern hätten bis heute nur erklärt, daß sie am 8. Mai 1919 in einer Sitzung dazu Stellung nehmen würden und dann ein Antwort schreiben könnten. Reuber ersucht die Versammlung, sich auf den Standpunkt der Kommission zu stellen und ihr Dazugeben zu billigen.

In einer sehr ausführlichen Diskussion war die Stimmung für ein sofortiges Vorgehen sehr groß. Es wurde jedoch ein Antrag, sofort die Forderungen dringend zu stellen und bei Nichtannahme die Arbeit niederzulegen, abgelehnt. — Am Reichstags soll unbedingt festgehalten werden, und sollen die dringenden Abmachungen nur als provisorische Maßnahmen angesehen sein. Kollege Schulz erklärte in seinem Schlusswort, daß ein sofortiger Streik zwecklos sei, sondern man solle zuerst die Verhandlungen, die sich in den nächsten Tagen ergeben müßten, abwarten. Schon jetzt Forderungen in den Betrieben zu stellen, stünde natürlich nichts im Wege. Neben der Lohnforderung sei die Abschaffung der Heimarbeiten die dringendste Forderung. Die Versammlung stellte sich schließlich auf den Standpunkt der Kommission und erwortete dementsprechende Verichterhaltung in einer weiteren Versammlung.

Unter anderem wurde ein Antrag, die Kommission der Arbeitergemeinschaft aufzulösen, abgelehnt. — Ein Antrag, die neuwählende Branchenkommission zugleich Verhandlungskommission bei der Lohnbewegung sei, wurde einstimmig angenommen. Vor der Wahl selbst erklärt der Kollege Schulz, daß die bisherigen Mitglieder der Kommission eine Wiederwahl ablehnen müßten, wenn dieselbe von einem bestimmten politischen Glaubensbekenntnis abhängig gemacht werde. Für der gewerkschaftliche Standpunkt solle maßgebend sein. Reuber nimmt überaus scharf Stellung gegen die radikale Richtung innerhalb der Gewerkschaften, was förmlichen Widerspruch der Mehrheit der Versammlung auslöste. Es entspann sich eine sehr lebhafte politische Debatte, die zu dem Ergebnis führte, daß laut Generalversammlungsbeschluss auch die Branchenvertreter sich zum Räteystem bekennen müßten, und wurde ein dahingehender Antrag auch angenommen. In die Branchenkommission werden sodann folgende Kollegen gewählt: Reuber, Schneider, von Bee, H. Schulze, Schäfer, Kozmarek, Sifow, Düll, Saff, Blohm, Orosowski und Reuber.

Ein Antrag, anlässlich der Konferenz der Beschlüsse der vorletzten Generalversammlung, nicht mehr im „Vorwärts“ zu inserieren, aufzugeben, wurde beinahe einstimmig abgelehnt.

Der Verband der Fabrikarbeiter (Bauhütte Groß-Berlin) hielt am Sonntag im Saal 1 des Gewerkschaftshauses seine Generalversammlung ab. Der Kassierbericht lag gedruckt vor und bilanziert in der Hauptkasse mit 112.841,76 M., in der Nebenkasse mit 117.478,66 M. Die Generalversammlung befaßte sich alsdann mit der Stellungnahme zum Gewerkschaftsfrage. Die Ausführungen der Diskussionsredner gingen dahin, daß auf dem Gewerkschaftsfrage für das nächste einsetzten werden muß. Eine dahingehende Resolution wurde angenommen. Eine weitere Resolution fand Annahme in welcher Aufhebung der Delegationsaufhanges, Auflösung aller freiwilligen Organisationen, Freilassung aller politischen Gefangenen und sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung verlangt wird. Es wurde allgemein bemerkt, daß über die Arbeitseinstellungen nicht genügend Nachdruck herrsche. Wäre man von den Arbeitseinstellungen nicht viel Gutes gelernt. Vor dem Krieg wären die Arbeitseinstellungen eine Erziehungsschule gewesen, anders liegt es jetzt. Ob die Arbeitseinstellungen etwas Nützliches für die Arbeiterkraft leisten werden, erscheint sehr fraglich. Auch wurde der Standpunkt vertreten, daß vor dem Krieg von den Gewerkschaften der Bedeutendste geleistet worden ist. Wenn während des Krieges dieses anders war, so hätten die Arbeiter die größte Schuld, da dieselben sich nicht genügend um ihre Organisation gekümmert hätten. Große Hoffung habe sich gegen die Gewerkschaftspolitik während des Krieges ausgesprochen, da es so ganz natürlich, daß auf dem Gewerkschaftsfrage eine gründliche Abrechnung erfolgen muß. Wegen einer Beschlusse des Streikrechts fand eine dementsprechende Resolution einstimmig Annahme. Als Delegierte zum Gewerkschaftsfrage wurde die Kollegin Langhans und der Kollege Reuber gewählt. Zum Schluss teilte Reuber mit, daß er heute zum letzten Mal hier präsidieren, da er vom Hauptverband für ein anderes Amt bestimmt sei. Reuber bittet, der neuen Stellensetzung das Vertrauen entgegenzubringen, welches man zu ihm hatte. Auch weiterhin wolle er als Funktionär des Verbandes tätig bleiben, seine Schuldiplom im Interesse der Organisation zu tun. Von der Verwaltung wurde W. Reuber als erster und Müller als zweiter Bevollmächtigter vorgeschlagen. Die Generalversammlung erklärte sich damit einverstanden.

Das Personal des Neuförner Krankenhauses nahm in einer harte beschlüssen Betriebsversammlung am 23. April Stellung zu den in letzter Zeit sich händernden Mißständen. Zu besonderen Klagen führte der vom Magistrat verhängene, aber nicht eingetragene Einheitslohn. Während für die Kost ein Einheitslohn von 90 Pf. monatlich gezahlt wird, wird die Verpflegung derselben noch Klassen gerechnet, und zwar in den 2. und 3. Tisch. Schlimmer sieht es mit den Wohnungen aus. Es werden für dieselben monatlich pro Person 85 Pf. obzogen. Es wohnen zwei, drei und sogar sieben Personen in einem Zimmer, so daß hier direkt Hunger getrieben wird. Die Ausstattung der Wohnungen läßt viel zu wünschen übrig.

Einige weitere Klagen der Diskussion nahm die Verhandlung des Personals durch einzelne Vorkläger ein. Die Klagen der 2. und 3. Tisch und höchsten Klagen ein besonderes Lied davon singen. Das Wirtschaftsausschuss acht jedoch bei ihr unbefriedigenden Bemerkungen den Klagen auf einen Punkt vorzugehen. Der Arbeitseinstellung wurde beachtet und versucht, bei der Diskussion vorzuleben und für Abhilfe in letzter Zeit Sorge zu tragen.

Kassenrat der Heuer, Lebens-, Vieh-, Vogel-, Transport-, Unfall- und Sattler-Gewerkschaften. Donnerstag, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftsraum, Engel-Platz 15, unter Leitungs 2. T., Zimmer 99: Wichtige Versammlung. Tagesordnung: 1. Kassenrat; 2. Heuer; 3. Lebensbewegung.

Wahl der technischen-Ingenieur-Beamten, Bezirk Siemens-Halske. Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 8. Mai, um 8 Uhr im Restaurant zur „Hochquelle“, Charlottenburg, Tegeler Weg 97. Wichtige Tagesordnung.

Kund der technischen-Ingenieur-Beamten, Bezirk Siemens-Halske. Mitgliederversammlung am Donnerstag, den 8. Mai, um 8 Uhr im Restaurant zur „Hochquelle“, Charlottenburg, Tegeler Weg 97. Wichtige Tagesordnung.

Groß-Berlin.

Die Straßennamen.

Grundzüge für die Benennung neuer Straßen wurden in der letzten Sitzung der Spandauer Straßen-Benennungskommission aufgestellt. Die Benennung soll in Zukunft nach einzelnen Stadtteilen gruppemäßig durchgeführt werden, was für die Orientierung eine außerordentliche Erleichterung darstellt; im besonderen soll die Benennung nach folgenden Gruppen stattfinden: 1. Dichterviertel; 2. Landdichterviertel; 3. Bürgerviertel; 4. Städtchenviertel; 5. Staatsmänner- und Volksheldenviertel; 6. Gelehrten- und Forsterviertel. Bei der Benennung nach hervorragenden Männern werden auch solche Persönlichkeiten berücksichtigt werden, die bisher nicht in Frage kamen; so sollen August Bebel und andere namhafte Vertreter der Arbeiterbewegung in den Straßennamen fortleben. — In der Sitzung wurden noch für folgende Straßen neue Benennungen eingeführt: Straße 99 an der Holzhauserfiedlung, die die Melancton- und Götter Straße miteinander verbindet, erhält die Bezeichnung Friedensweg, die von diesem abweigende, in stumpfen Winkel endigende Aufeisungstraße der Holzhauserfiedlung, bisher Straße 100, erhält den Namen Am Winkel. Straße 47 im Gelände der Scharfen Vauke vor der Händelfabrik heißt fortan Weinmeisterhornstraße, Straße 98 zwischen Block 2 und 3 der Neubauten an der Veltkestraße wird Colmarer Straße genannt, die Uferstraße zwischen Körner- und Triftstraße (Straße 24) Eiswerder Straße. Der Gassenplatz wird umbenannt in Savelplatz, die Bayernstraße in Baurische Straße.

Mit der neuen Taufe von Straßen dürfte am zweckmäßigsten bis zu einem Groß-Berlin gewartet werden können, um nicht viele Doppelnamen zu schaffen.

Neue Waffensuche im Norden.

Durch Verleumdungen wurde gestern vormittag die Stadtbezirkspolizei der Klaffen, Klee- und Invalidenstraße nach verborgenen Waffen abgesehen. Eine strenge Absperrung der in Frage kommenden Straßenzüge war vorgenommen, auch hatte man die Kreuzungen der Straßen mit Maschinengewehren besetzt. Angeblich soll die Aktion auf Grund einer Anzeige erfolgt sein, wonach in einer Wohnung ein „spartakistisches Waffenlager“ sein sollte.

Beihilfe zum Aufruhr.

Dass man sich auf Grund der bestehenden Gesetze selbst durch die geringfügige Handreichung für Aufständische des Auftrages schuldig machen kann, zeigte gestern eine Verhandlung vor dem außerordentlichen Kriegsgericht des Landgerichts I. Angeklagt war die jugendliche Arbeiterin Köhler, die bei den Kämpfen in der Frankfurter Allee für die Aufständischen Patronen gegarret haben soll. Ferner wurde ihr zur Last gelegt, die „Spartakisten“ zum Kampf aufgereizt und ermuntert zu haben. Die Angeklagte bestritt das letztere, gab aber ein einmaliges Auflesen unterliegender Patronen und Hülsen zu. Sonst hat sie nur eine Samaritertätigkeit für die Aufständischen ausgeübt.

In der Beweisaufnahme wurden zwei Zeugen vernommen, die von Neuerungen und einer Tätigkeit der Angeklagten nichts bemerkt haben. Ihnen wurde erst von beider Seite erzählt, die A. hätte aufreizende Neuerungen getan und Munition gegarret.

Der Vertreter der Anklage hielt die Angeklagte auf Grund ihrer eigenen Angabe, an dem Auffahren von Patronen beteiligt gewesen zu sein, der Verlesung am Aufruhr für überführt und beantragte, unter Verurteilung ihrer Jugend, sechs Monate Gefängnis.

Das Urteil lautete auf sechs Monate Gefängnis unter Anrechnung von sechs Wochen Untersuchungshaft.

An die Angehörigen des früheren Bataillons „Berlin“ in Liban.

Die Angehörigen des früheren Bataillons „Berlin“ in Liban werden gebeten, am Freitag, den 9. Mai, nachmittags 4 Uhr, zu einer wichtigen Besprechung im Gewerkschaftshaus zu erscheinen. Das Schreckensurteil, das in Liban gegen die Vertrauensleute des Libaner Soldatenrates gefällt worden ist, legt uns die Pflicht auf, dazu Stellung zu nehmen. Außerdem sind noch verschiedene Bataillonsangelegenheiten zu erledigen. Die Angehörigen der Verurteilten sind besonders eingeladen.

N. A.: R. Rentner.

Mitglied des früheren Libaner Soldatenrates.

Härten des Ausweisungserlasses.

Zu welchen Ungerechtigkeiten die bürgerliche Befolgung des Ausweisungserlasses führt, beweist folgender Fall: Ein Arbeiter der städtischen Gasanstalt zu Tegel soll jetzt entlassen werden, wie alle die Leute, die bei Kriegsandrang in Berlin waren. Obwohl er in Berlin geboren und immer hier ansässig war, war er am 1. August 1914 tatsächlich nicht

in Berlin — sondern als aktives Soldat beim Militär. Und deswegen soll der Mann jetzt entlassen werden! Seine Militärpapiere liegen bei seinem Geschäftspartner. Von dort ist ihm mitgeteilt, daß er keine Papiere launig vor August 1914 erhalten werde. Dier in Berlin ist er von einem Polizeibeamten zum anderen geleitet: nirgends hat man ihm den gewünschten Ausweis ausgestellt — und so steht er, wenn er bis zum 10. Mai keine Papiere nicht herbeibringt, auf der Straße und kann mit seiner Familie verhungern.

Dieser Fall zeigt nicht allein, es ist daher unbedingt erforderlich, daß die militärischen Dienststellen des Reichs dazu angehalten werden, das Entlassungsgeschäft zu beschleunigen und den Kriegsteilnehmern, die sie brauchen, ihre Papiere sofort zugustellen.

Wo kommt das Brot her?

In voriger Woche heirateten drei Mann dem Einkäufer der Firma Reichsbedarf A.-G., Alexandrinenstraße 28, sage und schreibe 1000 Brote (Kornbrot). Den Arbeitern wurde das Brot mit 5 Mark zum Kauf angeboten. Wegen der Höhe des Preises und wegen des „Brotstiefels“ an der reichhaltigen Erwerbung wurde die Polizei geholt, die einen Händler festnahmen und ebenfalls 500 Brote beschlagnahmte. Schon vor Weihnachten ereignete sich auch ein solcher Fall, wobei aber die Polizei nicht in Funktion trat. Man sieht, daß auf dem Weg des Schleißhandels auch Brot zu Hungerpreisen verschoben wird und man fragt sich nur, wo solche Menge Brot herkommt.

Das Los der Gefangenen.

Uns wird geschrieben: Am 30. April nachmittags hörte ich im Zellengefängnis, Veltke Straße 3, von meinem Fenster aus jemand schreien. Ich sah einen jungen hochbehemten Soldaten im Alter von höchstens 17 Jahren mit schuppertigem Gewehr wie irrsinnig auf dem Hofe herumlaufen. Er brüllte in einem fort: „Kom Fenster weg!“ Tatsächlich gab der Burde auch mehrere Schüsse ab. Auf mich hat er direkt angelegt, zum Glück aber nicht getroffen. Am anderen Morgen sah ich die Schußspur unterhalb meines Fensters. Die Kuffere erzählten uns, der schießende Soldat habe erklärt, den Befehl zu haben, sofort zu schießen, wenn sich jemand am Fenster sehen lasse. Ich trug einem Leutnant, der sich als selbsternannter Kommandant des Gefängnisses vorstellte, diese Angelegenheit vor und fragte, ob der Befehl tatsächlich bestehe, erhitelt aber eine ausweichende Antwort. Da uns der betreffende Posten schon wiederholt provoziert hatte, wollte einer der Gefangenen dem Leutnant Zeugen nennen. Er bekam folgende Antwort: „Sie können Zeugen nennen, so viel Sie wollen, auch Spartaisten wird doch nicht geglaubt!“ Der hier geschilderte Vorgang kann durch mehrere Zeugen eidlich bekundet werden.

Wir eruchen Herrn Schöpplin, das provozierende Militär sofort aus den Gefängnissen zu entfernen, damit die Leiden der Gefangenen nicht noch mehr vergrößert werden. Es ist ohnehin bezügl. ihres leiblichen und seelischen Wohles schlecht genug um sie bestell.

Die Kirche und Wohnungsnot. Die Gemeinde Berlin-Köpenick hat bereits im November beschlossen, Kirchengelände zu erwerben, um auf demselben Wohnbauten, Park- und Entwässerungsanlagen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und 100 Einfamilienhäuser zur Linderung der Wohnungsnot auszuführen. Hierfür hat die Gemeinde für ihre Verhältnisse ganz bedeutende Mittel übernommen und Mittel zur Verfügung gestellt. Für die Wohnbauten hat der Demobilisierungskommissar die Lieververwahrungsschlüsse von 72 000 Mark bereits bewilligt, dieselben verfallen jedoch, wenn die Arbeiten nicht bis zum 1. Oktober d. J. fertiggestellt sind. Zu dem kommt, daß sich 800 Bewerber für die Einfamilienhäuser gemeldet haben, und für den Bau der 100 Einfamilienhäuser hat der Wohnungsverband Groß-Berlin das von der Gemeinde vorgelegte Projekt genehmigt, der Zuschuß von je 14 bis 20 000 Mark pro Haus soll in der nächsten Sitzung bewilligt werden. Mit diesem Bau muß umgehend begonnen werden, wenn die Fertigstellung noch in diesem Jahre erfolgen soll. Ohne die Gewißheit zu haben, daß die Gemeinde das Gelände von der Kirche erwerben kann, können die Vorarbeiten nicht in Angriff genommen werden. Die Arbeitslosen, die lieber arbeiten als Unterstützung beziehen, sowie die unter der Wohnungsnot leidenden Familien sind die Betroffenen durch das langsame Arbeiten des evangelischen Kirchenkonfessionar, dem die Genehmigung zum Ankauf des Geländes heute noch vorliegt und das im Verlaufe dessen die ganzen Arbeiten in Frage stellt. Wir erwarten, daß die Ausschüsse dieser Behörde amiesen, nicht in dieser Art ihre Geschäfte zu erledigen, die nur Erleichterung unter den Arbeits- und Wohnungslosen schafft.

Zweimal zum Tode verurteilt. Das Schwurgericht des Landgerichts II hat gestern den Schneider Carl Paulus wegen Ermordung der Schankwirtin Elsa Hoffmann und seines Sohnes in Tateinheit mit der Tötung seiner Frau auf deren ausdrückliches Verlangen zu zwei Mal zum Tode verurteilt. — Aus der Verhandlung sei noch mitgeteilt, daß die Vernehmung der medizinischen Sachverständigen einen großen Raum darin einnahm, weil der Verteidiger besonderes Gewicht auf die Tatsache legte, daß der Angeklagte im Jahre 1910 sich einmal in einer Irrenanstalt befunden habe und damals auf Grund des § 51 als geisteskrank freigesprochen worden sei. Geh. Medizinalrat Dr. Hoffmann und Dr. Schwarz, Charité, verneinten das Vorliegen des § 51; der Staatsanwalt hielt die Anklage wegen Mordes aufrecht, da alles darauf hinweise, daß es sich in dem Falle Hoffmann um eine planmäßige wohlüberlegte Tat handele. Bezüglich der Tötung seiner Frau halte ihm die Anklage schon zugute, daß er die Tat auf das ernsthafte Verlangen der Götterin hin verübt habe.

denen Mord der Mord an dem erst einige Wochen einen Mann gesehen. Der Verteidiger plädierte auf Milderung der Strafe mit dem Hinweis, daß der Angeklagte nicht von einer Ueberzeugung sprechen könne. — Wenn früher Mordprozesse verhandelt wurden, war die Spannung in der Berliner Bevölkerung groß, heute, wo der Krieg Millionen Menschen gekostet hat, ist das Interesse an Mordprozessen gesunken, der größte Teil der Bevölkerung nimmt kaum noch Notiz davon.

Schnellzüge Berlin-Stuttgart. Der Schnellzugverkehr zwischen Berlin und Stuttgart wird heute wieder aufgenommen. D 88 verläßt — nur Dienstag und Sonnabend! — Berlin Anhalter Bahnhof 4,25 Uhr nachmittags, der Gegenzug D 87 trifft 12,00 Uhr mittags in Berlin ein. Beide Züge führen 1. bis 3. Klasse und Schlafwagen Berlin-Stuttgart und Berlin-Mannheim.

Bei der Maifeier im Humboldthain ist einem Kollegen eine leberne Brieftasche mit 150 M. barem Gelde, zwei Paare Äpfel und zwei Kuchentorten, abhanden gekommen. Da es sich ausschließlich um Verbandsgelehrer handelt, der Verlesende als bestmöglichst aufzukommen muß, bitten wir dem ehelichen Finder um Abgabe gegen Belohnung. J. A.: Haderland, Arbeiterrat, Stett. Bahnhof.

Bereinigung sozialistischer Lehrer und Lehrerinnen. Versammlung am Sonnabend, den 10. Mai, abends 7 Uhr, Tempelhofer Ufer 20 (Hauptbahn: Mörderbrücke). Tagesordnung: Politisierung der Jugend. Lehrerrat.

Arbeiter-Selbstbildungsgruppe im 6. Reichstagswahlkreis. Teilnehmer am nationalökonomischen Kursus des Genossen O. Jensen werden gebeten, am Freitag um 1/8 Uhr nachmittags zu erscheinen. Genossen aus dem Norden, die noch teilnehmen wollen, können sich am Freitag in der Herder-Str. 10, Weidenburger Straße 4a, um 1/8 Uhr einfinden.

Arbeiter- und Betriebsräte-Funktionäre aller Branchen! Der nächste Elektrizitätskursus findet am Montag abend 7 Uhr im Gebäude des Volksgartens statt.

Die Geschäftsstelle der Zentralstelle für Einigung der Sozialdemokratie befindet sich jetzt in der Potsdamer Straße 27b, leges Gartenhaus, 2 Treppen. Fernsprecher: Kurfürst 2382.

Die Deutsche Gesellschaft zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten veranstaltet am 14. Mai, abends 8 Uhr, in den verschiedenen Stadtteilen große öffentliche Lichtbildvorträge für Frauen und erwachsene Mädchen, um in geeigneter Weise über die schädlichen Gefahren, die diese Krankheiten mit sich bringen, aufzuklären. Genauere Anzeige folgt nach.

Internationaler Bund der Kolonialschädigten und Kriegserlebten. Bezirk No. 10. 2. Mai, abends 8 Uhr, Besprechung in der Helmholzwiese.

Quittungen.

2206,18 Mark von den drei Blähen der Maifeier, Humboldthain, Friedrichshain und Tempelhofer Park für die Opfer der Revolution.

Berlin, den 5. Mai 1919.
Unterstützungskomitee der Berliner Arbeiterkraft.
G. A. Rath-Pagen, Adolf Baer, Wankewitzstr. 72.

Die von der Arbeiterkraft der A. G. B. Flugzeugfabrik Hennigsdorf auf den Festspielen am 1. Mai veranstaltete Sammlung zur Beschaffung von Lebensmitteln für unsere politischen Gefangenen ergab den Betrag von 2206,18 M. (Gesamtwert 4000 M.). Im Humboldthain 2207,80 M.). Das Geld ist gegen Quittung seiner Bestimmung zugeführt worden.
Der Arbeiterausschuß: A. Weber.

Spiel und Sport.

Berliner Arbeiter-Schachklub. Kollision Eichenberg-Friedrichshain spielt wegen der auf Freitag fallenden Turniers des Arbeitervereins nicht Freitag, sondern am 10. Montag, abends 7 Uhr, bei Eick, Magarethenstr. 20.

Turnierverein „Die Kameraden“, Abt. Charlottenburg, Donnerstag, 10. Mai, im Heim, Köpenicker Str. 4, von 1 Treppen. Vortrag des Genossen Arthur Wessner: „Durch Italien und Portugal.“ Gäste willkommen.

Arbeiter-Wanderverein „Berlin“. Sonntag, den 11. Mai, Turnierspiel nach Werder-Rapah-Poisdam, Abt. 6/0, Potsdamer Hauptbahnhof. Treffpunkt für Nachzügler bis 9,15 Friedrichshain bei Werder. Gäste willkommen.

Turnierverein „Licht“. Die 1. Männerabteilung veranstaltet am 9. Mai, abends 8-10 Uhr, im Andreas-Realschulhaus, Rappiner Straße 76, ein öffentliches Turnier, wozu Freunde und Gegner der Turnerei herzlich eingeladen sind. Zutritt nur bis 9 Uhr. — In derselben Halle turnt die neugegründete Schülerabteilung jeden Dienstag und Freitag und nimmt diese gern Neuanmeldungen entgegen.

Turnierverein „Licht“. Am 10. Mai, abends 8 Uhr, finden folgende Turnierspiele der Nordabteilung statt: Fußball: 5. Abt. — 17. Abt., 1. Mannschaft; 6. Abt. — 17. Abt., 2. Mannschaft; Fußball: 15. Abt. — 17. Abt., Abt. auf dem Turnplatz Reinickendorf. Fußball und Tischtennis: 12. Abt. — 10. Abt. auf dem Turnplatz Schönehauser Allee. Sportsverein und Abteilungen, die sich an diesen Spielen beteiligen wollen, werden gebeten, die Anzahl der Mannschaften, Spielfeld und Platz an W. Riebergasse, A. G. Triftstr. 37, zu senden. — Am 11. Mai, vormittags 9 Uhr, findet auf dem Turnplatz Reinickendorf eine sportliche Turnierspieltage statt, zu der auch Mitglieder von Sportvereinen willkommen sind.

Briefkasten.

N. G. 100. Ihr Schreiben erhalten; haben es zur Untersuchung der Angelegenheit weitergeben.
Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wiesepp, Wertheim-Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgeellschaft m. b. H., Schilfbaustr. 19.

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Verwaltungssitz Berlin

Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Optiker **Carl Lungenauer** am 3. d. M. an Lungenerkrankung gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Marzahn aus statt. — Ein Geistlicher geht nicht mit.
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege der Schlosser **Georg Maneck** an Herzleiden gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 10. Mai, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes in Marzahn aus statt. — Ein Geistlicher geht nicht mit.
Nachruf!
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Mechaniker **Friedrich Bauer** am 19. April, die Arbeiterin **Philippine Ledderhos** am 28. April gestorben sind. **Ehre ihrem Andenken!**
Die Ortsverwaltung.

Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. b. H. zu Berlin.

Generalversammlung
Dienstag den 13. Mai, abends 7 Uhr, in der Ruda der Schulze-Weinmeisterstraße 15/16

Tagesordnung:
1. Bericht des Vorstandes
2. Bericht des Aufsichtsrates
3. Bericht des Kassierers
4. Bericht des Schriftführers
5. Bericht des Rechnungsführers
6. Bericht des Schriftführers
7. Bericht des Kassierers
8. Bericht des Aufsichtsrates
9. Bericht des Vorstandes
10. Bericht des Aufsichtsrates
11. Bericht des Kassierers
12. Bericht des Schriftführers
13. Bericht des Rechnungsführers
14. Bericht des Schriftführers
15. Bericht des Kassierers
16. Bericht des Aufsichtsrates
17. Bericht des Vorstandes
18. Bericht des Aufsichtsrates
19. Bericht des Kassierers
20. Bericht des Schriftführers
21. Bericht des Rechnungsführers
22. Bericht des Schriftführers
23. Bericht des Kassierers
24. Bericht des Aufsichtsrates
25. Bericht des Vorstandes
26. Bericht des Aufsichtsrates
27. Bericht des Kassierers
28. Bericht des Schriftführers
29. Bericht des Rechnungsführers
30. Bericht des Schriftführers
31. Bericht des Kassierers
32. Bericht des Aufsichtsrates
33. Bericht des Vorstandes
34. Bericht des Aufsichtsrates
35. Bericht des Kassierers
36. Bericht des Schriftführers
37. Bericht des Rechnungsführers
38. Bericht des Schriftführers
39. Bericht des Kassierers
40. Bericht des Aufsichtsrates
41. Bericht des Vorstandes
42. Bericht des Aufsichtsrates
43. Bericht des Kassierers
44. Bericht des Schriftführers
45. Bericht des Rechnungsführers
46. Bericht des Schriftführers
47. Bericht des Kassierers
48. Bericht des Aufsichtsrates
49. Bericht des Vorstandes
50. Bericht des Aufsichtsrates
51. Bericht des Kassierers
52. Bericht des Schriftführers
53. Bericht des Rechnungsführers
54. Bericht des Schriftführers
55. Bericht des Kassierers
56. Bericht des Aufsichtsrates
57. Bericht des Vorstandes
58. Bericht des Aufsichtsrates
59. Bericht des Kassierers
60. Bericht des Schriftführers
61. Bericht des Rechnungsführers
62. Bericht des Schriftführers
63. Bericht des Kassierers
64. Bericht des Aufsichtsrates
65. Bericht des Vorstandes
66. Bericht des Aufsichtsrates
67. Bericht des Kassierers
68. Bericht des Schriftführers
69. Bericht des Rechnungsführers
70. Bericht des Schriftführers
71. Bericht des Kassierers
72. Bericht des Aufsichtsrates
73. Bericht des Vorstandes
74. Bericht des Aufsichtsrates
75. Bericht des Kassierers
76. Bericht des Schriftführers
77. Bericht des Rechnungsführers
78. Bericht des Schriftführers
79. Bericht des Kassierers
80. Bericht des Aufsichtsrates
81. Bericht des Vorstandes
82. Bericht des Aufsichtsrates
83. Bericht des Kassierers
84. Bericht des Schriftführers
85. Bericht des Rechnungsführers
86. Bericht des Schriftführers
87. Bericht des Kassierers
88. Bericht des Aufsichtsrates
89. Bericht des Vorstandes
90. Bericht des Aufsichtsrates
91. Bericht des Kassierers
92. Bericht des Schriftführers
93. Bericht des Rechnungsführers
94. Bericht des Schriftführers
95. Bericht des Kassierers
96. Bericht des Aufsichtsrates
97. Bericht des Vorstandes
98. Bericht des Aufsichtsrates
99. Bericht des Kassierers
100. Bericht des Schriftführers
101. Bericht des Rechnungsführers
102. Bericht des Schriftführers
103. Bericht des Kassierers
104. Bericht des Aufsichtsrates
105. Bericht des Vorstandes
106. Bericht des Aufsichtsrates
107. Bericht des Kassierers
108. Bericht des Schriftführers
109. Bericht des Rechnungsführers
110. Bericht des Schriftführers
111. Bericht des Kassierers
112. Bericht des Aufsichtsrates
113. Bericht des Vorstandes
114. Bericht des Aufsichtsrates
115. Bericht des Kassierers
116. Bericht des Schriftführers
117. Bericht des Rechnungsführers
118. Bericht des Schriftführers
119. Bericht des Kassierers
120. Bericht des Aufsichtsrates
121. Bericht des Vorstandes
122. Bericht des Aufsichtsrates
123. Bericht des Kassierers
124. Bericht des Schriftführers
125. Bericht des Rechnungsführers
126. Bericht des Schriftführers
127. Bericht des Kassierers
128. Bericht des Aufsichtsrates
129. Bericht des Vorstandes
130. Bericht des Aufsichtsrates
131. Bericht des Kassierers
132. Bericht des Schriftführers
133. Bericht des Rechnungsführers
134. Bericht des Schriftführers
135. Bericht des Kassierers
136. Bericht des Aufsichtsrates
137. Bericht des Vorstandes
138. Bericht des Aufsichtsrates
139. Bericht des Kassierers
140. Bericht des Schriftführers
141. Bericht des Rechnungsführers
142. Bericht des Schriftführers
143. Bericht des Kassierers
144. Bericht des Aufsichtsrates
145. Bericht des Vorstandes
146. Bericht des Aufsichtsrates
147. Bericht des Kassierers
148. Bericht des Schriftführers
149. Bericht des Rechnungsführers
150. Bericht des Schriftführers
151. Bericht des Kassierers
152. Bericht des Aufsichtsrates
153. Bericht des Vorstandes
154. Bericht des Aufsichtsrates
155. Bericht des Kassierers
156. Bericht des Schriftführers
157. Bericht des Rechnungsführers
158. Bericht des Schriftführers
159. Bericht des Kassierers
160. Bericht des Aufsichtsrates
161. Bericht des Vorstandes
162. Bericht des Aufsichtsrates
163. Bericht des Kassierers
164. Bericht des Schriftführers
165. Bericht des Rechnungsführers
166. Bericht des Schriftführers
167. Bericht des Kassierers
168. Bericht des Aufsichtsrates
169. Bericht des Vorstandes
170. Bericht des Aufsichtsrates
171. Bericht des Kassierers
172. Bericht des Schriftführers
173. Bericht des Rechnungsführers
174. Bericht des Schriftführers
175. Bericht des Kassierers
176. Bericht des Aufsichtsrates
177. Bericht des Vorstandes
178. Bericht des Aufsichtsrates
179. Bericht des Kassierers
180. Bericht des Schriftführers
181. Bericht des Rechnungsführers
182. Bericht des Schriftführers
183. Bericht des Kassierers
184. Bericht des Aufsichtsrates
185. Bericht des Vorstandes
186. Bericht des Aufsichtsrates
187. Bericht des Kassierers
188. Bericht des Schriftführers
189. Bericht des Rechnungsführers
190. Bericht des Schriftführers
191. Bericht des Kassierers
192. Bericht des Aufsichtsrates
193. Bericht des Vorstandes
194. Bericht des Aufsichtsrates
195. Bericht des Kassierers
196. Bericht des Schriftführers
197. Bericht des Rechnungsführers
198. Bericht des Schriftführers
199. Bericht des Kassierers
200. Bericht des Aufsichtsrates
201. Bericht des Vorstandes
202. Bericht des Aufsichtsrates
203. Bericht des Kassierers
204. Bericht des Schriftführers
205. Bericht des Rechnungsführers
206. Bericht des Schriftführers
207. Bericht des Kassierers
208. Bericht des Aufsichtsrates
209. Bericht des Vorstandes
210. Bericht des Aufsichtsrates
211. Bericht des Kassierers
212. Bericht des Schriftführers
213. Bericht des Rechnungsführers
214. Bericht des Schriftführers
215. Bericht des Kassierers
216. Bericht des Aufsichtsrates
217. Bericht des Vorstandes
218. Bericht des Aufsichtsrates
219. Bericht des Kassierers
220. Bericht des Schriftführers
221. Bericht des Rechnungsführers
222. Bericht des Schriftführers
223. Bericht des Kassierers
224. Bericht des Aufsichtsrates
225. Bericht des Vorstandes
226. Bericht des Aufsichtsrates
227. Bericht des Kassierers
228. Bericht des Schriftführers
229. Bericht des Rechnungsführers
230. Bericht des Schriftführers
231. Bericht des Kassierers
232. Bericht des Aufsichtsrates
233. Bericht des Vorstandes
234. Bericht des Aufsichtsrates
235. Bericht des Kassierers
236. Bericht des Schriftführers
237. Bericht des Rechnungsführers
238. Bericht des Schriftführers
239. Bericht des Kassierers
240. Bericht des Aufsichtsrates
241. Bericht des Vorstandes
242. Bericht des Aufsichtsrates
243. Bericht des Kassierers
244. Bericht des Schriftführers
245. Bericht des Rechnungsführers
246. Bericht des Schriftführers
247. Bericht des Kassierers
248. Bericht des Aufsichtsrates
249. Bericht des Vorstandes
250. Bericht des Aufsichtsrates
251. Bericht des Kassierers
252. Bericht des Schriftführers
253. Bericht des Rechnungsführers
254. Bericht des Schriftführers
255. Bericht des Kassierers
256. Bericht des Aufsichtsrates
257. Bericht des Vorstandes
258. Bericht des Aufsichtsrates
259. Bericht des Kassierers
260. Bericht des Schriftführers
261. Bericht des Rechnungsführers
262. Bericht des Schriftführers
263. Bericht des Kassierers
264. Bericht des Aufsichtsrates
265. Bericht des Vorstandes
266. Bericht des Aufsichtsrates
267. Bericht des Kassierers
268. Bericht des Schriftführers
269. Bericht des Rechnungsführers
270. Bericht des Schriftführers
271. Bericht des Kassierers
272. Bericht des Aufsichtsrates
273. Bericht des Vorstandes
274. Bericht des Aufsichtsrates
275. Bericht des Kassierers
276. Bericht des Schriftführers
277. Bericht des Rechnungsführers
278. Bericht des Schriftführers
279. Bericht des Kassierers
280. Bericht des Aufsichtsrates
281. Bericht des Vorstandes
282. Bericht des Aufsichtsrates
283. Bericht des Kassierers
284. Bericht des Schriftführers
285. Bericht des Rechnungsführers
286. Bericht des Schriftführers
287. Bericht des Kassierers
288. Bericht des Aufsichtsrates
289. Bericht des Vorstandes
290. Bericht des Aufsichtsrates
291. Bericht des Kassierers
292. Bericht des Schriftführers
293. Bericht des Rechnungsführers
294. Bericht des Schriftführers
295. Bericht des Kassierers
296. Bericht des Aufsichtsrates
297. Bericht des Vorstandes
298. Bericht des Aufsichtsrates
299. Bericht des Kassierers
300. Bericht des Schriftführers
301. Bericht des Rechnungsführers
302. Bericht des Schriftführers
303. Bericht des Kassierers
304. Bericht des Aufsichtsrates
305. Bericht des Vorstandes
306. Bericht des Aufsichtsrates
307. Bericht des Kassierers
308. Bericht des Schriftführers
309. Bericht des Rechnungsführers
310. Bericht des Schriftführers
311. Bericht des Kassierers
312. Bericht des Aufsichtsrates
313. Bericht des Vorstandes
314. Bericht des Aufsichtsrates
315. Bericht des Kassierers
316. Bericht des Schriftführers
317. Bericht des Rechnungsführers
318. Bericht des Schriftführers
319. Bericht des Kassierers
320. Bericht des Aufsichtsrates
321. Bericht des Vorstandes
322. Bericht des Aufsichtsrates
323. Bericht des Kassierers
324. Bericht des Schriftführers
325. Bericht des Rechnungsführers
326. Bericht des Schriftführers
327. Bericht des Kassierers
328. Bericht des Aufsichtsrates
329. Bericht des Vorstandes
330. Bericht des Aufsichtsrates
331. Bericht des Kassierers
332. Bericht des Schriftführers
333. Bericht des Rechnungsführers
334. Bericht des Schriftführers
335. Bericht des Kassierers
336. Bericht des Aufsichtsrates
337. Bericht des Vorstandes
338. Bericht des Aufsichtsrates
339. Bericht des Kassierers
340. Bericht des Schriftführers
341. Bericht des Rechnungsführers
342. Bericht des Schriftführers
343. Bericht des Kassierers
344. Bericht des Aufsichtsrates
345. Bericht des Vorstandes
346. Bericht des Aufsichtsrates
347. Bericht des Kassierers
348. Bericht des Schriftführers
349. Bericht des Rechnungsführers
350. Bericht des Schriftführers
351. Bericht des Kassierers
352. Bericht des Aufsichtsrates
353. Bericht des Vorstandes
354. Bericht des Aufsichtsrates
355. Bericht des Kassierers
356. Bericht des Schriftführers
357. Bericht des Rechnungsführers
358. Bericht des Schriftführers
359. Bericht des Kassierers
360. Bericht des Aufsichtsrates
361. Bericht des Vorstandes
362. Bericht des Aufsichtsrates
363. Bericht des Kassierers
364. Bericht des Schriftführers
365. Bericht des Rechnungsführers
366. Bericht des Schriftführers
367. Bericht des Kassierers
368. Bericht des Aufsichtsrates
369. Bericht des Vorstandes
370. Bericht des Aufsichtsrates
371. Bericht des Kassierers
372. Bericht des Schriftführers
373. Bericht des Rechnungsführers
374. Bericht des Schriftführers
375. Bericht des Kassierers
376. Bericht des Aufsichtsrates
377. Bericht des Vorstandes
378. Bericht des Aufsichtsrates
379. Bericht des Kassierers
380. Bericht des Schriftführers
381. Bericht des Rechnungsführers
382. Bericht des Schriftführers
383. Bericht des Kassierers
384. Bericht des Aufsichtsrates
385. Bericht des Vorstandes
386. Bericht des Aufsichtsrates
387. Bericht des Kassierers
388. Bericht des Schriftführers
389. Bericht des Rechnungsführers
390. Bericht des Schriftführers
391. Bericht des Kassierers
392. Bericht des Aufsichtsrates
393. Bericht des Vorstandes
394. Bericht des Aufsichtsrates
395. Bericht des Kassierers
396. Bericht des Schriftführers
397. Bericht des Rechnungsführers
398. Bericht des Schriftführers
399. Bericht des Kassierers
400. Bericht des Aufsichtsrates
401. Bericht des Vorstandes
402. Bericht des Aufsichtsrates
403. Bericht des Kassierers
404. Bericht des Schriftführers
405. Bericht des Rechnungsführers
406. Bericht des Schriftführers
407. Bericht des Kassierers
408. Bericht des Aufsichtsrates
409. Bericht des Vorstandes
410. Bericht des Aufsichtsrates
411. Bericht des Kassierers
412. Bericht des Schriftführers
413. Bericht des Rechnungsführers
414. Bericht des Schriftführers
415. Bericht des Kassierers
416. Bericht des Aufsichtsrates
417. Bericht des Vorstandes
418. Bericht des Aufsichtsrates
419. Bericht des Kassierers
420. Bericht des Schriftführers
421. Bericht des Rechnungsführers
422. Bericht des Schriftführers
423. Bericht des Kassierers
424. Bericht des Aufsichtsrates
425. Bericht des Vorstandes
426. Bericht des Aufsichtsrates
427. Bericht des Kassierers
428. Bericht des Schriftführers
429. Bericht des Rechnungsführers
430. Bericht des Schriftführers
431. Bericht des Kassierers
432. Bericht des Aufsichtsrates
433. Bericht des Vorstandes
434. Bericht des Aufsichtsrates
435. Bericht des Kassierers
436. Bericht des Schriftführers
437. Bericht des Rechnungsführers
438. Bericht des Schriftführers
439. Bericht des Kassierers
440. Bericht des Aufsichtsrates
441. Bericht des Vorstandes
442. Bericht des Aufsichtsrates
443. Bericht des Kassierers
444. Bericht des Schriftführers
445. Bericht des Rechnungsführers
446. Bericht des Schriftführers
447. Bericht des Kassierers
448. Bericht des Aufsichtsrates
449. Bericht des Vorstandes
450. Bericht des Aufsichtsrates
451. Bericht des Kassierers
452. Bericht des Schriftführers
453. Bericht des Rechnungsführers
454. Bericht des Schriftführers
455. Bericht des Kassierers
456. Bericht des Aufsichtsrates
457. Bericht des Vorstandes
458. Bericht des Aufsichtsrates
459. Bericht des Kassierers
460. Bericht des Schriftführers
461. Bericht des Rechnungsführers
462. Bericht des Schriftführers
463. Bericht des Kassierers
464. Bericht des Aufsichtsrates
465. Bericht des Vorstandes
466. Bericht des Aufsichtsrates
467. Bericht des Kassierers
468. Bericht des Schriftführers
469. Bericht des Rechnungsführers
470. Bericht des Schriftführers
471. Bericht des Kassierers
472. Bericht des Aufsichtsrates
473. Bericht des Vorstandes
474. Bericht des Aufsichtsrates
475. Bericht des Kassierers
476. Bericht des Schriftführers
477. Bericht des Rechnungsführers
478. Bericht des Schriftführers
479. Bericht des Kassierers
480. Bericht des Aufsichtsrates
481. Bericht des Vorstandes
482. Bericht des Aufsichtsrates
483. Bericht des Kassierers
484. Bericht des Schriftführers
485. Bericht des Rechnungsführers
486. Bericht des Schriftführers
487. Bericht des Kassierers
488. Bericht des Aufsichtsrates
489. Bericht des Vorstandes
490. Bericht des Aufsichtsrates
491. Bericht des Kassierers
492. Bericht des Schriftführers
493. Bericht des Rechnungsführers
494. Bericht des Schriftführers
495. Bericht des Kassierers
496. Bericht des Aufsichtsrates
497. Bericht des Vorstandes
498. Bericht des Aufsichtsrates
499. Bericht des Kassierers
500. Bericht des Schriftführers
501. Bericht des Rechnungsführers
502. Bericht des Schriftführers
503. Bericht des Kassierers
504. Bericht des Aufsichtsrates
505. Bericht des Vorstandes
506. Bericht des Aufsichtsrates
507. Bericht des Kassierers
508. Bericht des Schriftführers
509. Bericht des Rechnungsführers
510. Bericht des Schriftführers
511. Bericht des Kassierers
512. Bericht des Aufsichtsrates
513. Bericht des Vorstandes
514. Bericht des Aufsichtsrates
515. Bericht des Kassierers
516. Bericht des Schriftführers
517. Bericht des Rechnungsführers
518. Bericht des Schriftführers
519. Bericht des Kassierers
520. Bericht des Aufsichtsrates
521. Bericht des Vorstandes
522. Bericht des Aufsichtsrates
523. Bericht des Kassierers
524. Bericht des Schriftführers
525. Bericht des Rechnungsführers
526. Bericht des Schriftführers
527. Bericht des Kassierers
528. Bericht des Aufsichtsrates
529. Bericht des Vorstandes
530. Bericht des Aufsichtsrates
531. Bericht des Kassierers
532. Bericht des Schriftführers
533. Bericht des Rechnungsführers
534. Bericht des Schriftführers
535. Bericht des Kassierers
536. Bericht des Aufsichtsrates
537. Bericht des Vorstandes
538. Bericht des Aufsichtsrates
539. Bericht des Kassierers
540. Bericht des Schriftführers
541. Bericht des Rechnungsführers
542. Bericht des Schriftführers
543. Bericht des Kassierers
544. Bericht des Aufsichtsrates
545. Bericht des Vorstandes
546. Bericht des Aufsichtsrates
547. Bericht des Kassierers
548. Bericht des Schriftführers
549. Bericht des Rechnungsführers
550. Bericht des Schriftführers
551. Bericht des Kassierers
552. Bericht des Aufsichtsrates
553. Bericht des Vorstandes
554. Bericht des Aufsichtsrates
555. Bericht des Kassierers
556. Bericht des Schriftführers
557. Bericht des Rechnungsführers
558. Bericht des Schriftführers
559. Bericht des Kassierers
560. Bericht des Aufsichtsrates
561. Bericht des Vorstandes
562. Bericht des Aufsichtsrates
563. Bericht des Kassierers
564. Bericht des Schriftführers
565. Bericht des Rechnungsführers
566. Bericht des Schriftführers
567. Bericht des Kassierers
568. Bericht des Aufsichtsrates
569. Bericht des Vorstandes
570. Bericht des Aufsichtsr